



Deutsche Konjunktur im Sommer 2015

Kieler Konjunkturberichte Nr. 8 (2015 | Q2)

Deutsche Konjunktur: Expansionstempo bleibt hoch

Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Galina Potjagailo

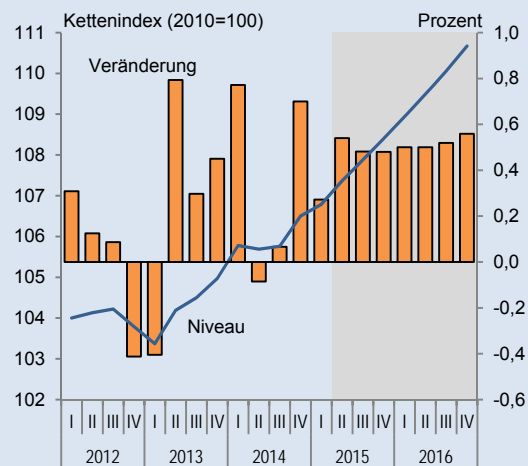
Die Konjunktur in Deutschland ist weiter aufwärtsgerichtet. Für das laufende Jahr rechnen wir mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte sich das Expansionstempo auf 2,1 Prozent beschleunigen. Der private Konsum boomt weiterhin, auch wenn er nicht mehr ganz so rasch zulegen wird wie in den vergangenen Quartalen, da temporär stimulierende Faktoren allmählich entfallen. Der Investitionsaufschwung festigt sich zusehends und wird im kommenden Jahr, auch vor dem Hintergrund der anhaltend günstigen monetären Rahmenbedingungen, voraussichtlich sogar zur wichtigsten Triebkraft der Konjunktur werden. Die Ausfuhren behaupten sich in einem nach wie vor international schwierigen Umfeld und werden durch die Abwertung des Euro zusätzlich stimuliert. Gleichzeitig dürften die Einfuhren aufgrund der hohen konjunkturellen Dynamik in Deutschland in deutlich beschleunigtem Tempo zulegen. Die Inflation zieht wieder an, nachdem sie zwischenzeitlich durch den Ölpreisverfall spürbar gedämpft worden war, und wird im kommenden Jahr wohl bei knapp 2 Prozent liegen. Die Beschäftigung bleibt weiter aufwärtsgerichtet, wenngleich es erste Anzeichen dafür gibt, dass die Einführung des Mindestlohns bereits zu Arbeitsplatzverlusten geführt hat. Die öffentlichen Haushalte erzielen weiterhin Überschüsse; dies ist allerdings vor allem Ausdruck der günstigen Konjunktur und nicht besonderer Konsolidierungsanstrengungen. Insgesamt besteht die Gefahr, dass die Wirtschaftspolitik die gute Konjunktur als Ruhekitz auffasst. Die Risiken, die sich (vor allem aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld) für die Prognose ergeben, sind nach wie vor beträchtlich. Allerdings sind die konjunkturellen Abwärtsrisiken, die sich aus einer weiteren Verschärfung der Krise um Griechenland ergeben würden, wohl deutlich geringer als noch vor einigen Jahren.

Kasten 1:

Zu den Auswirkungen des Mindestlohns auf die durchschnittlichen Effektivverdienste (S. 7)

Der Aufschwung in Deutschland hat sich weiter gefestigt. Zwar hat sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit 0,3 Prozent im ersten Quartal etwas verlangsamt und die Zuversicht der Unternehmen hat sich jüngst nicht weiter verbessert. Jedoch zeichnet sich für den Prognosezeitraum ein anhaltend hohes Expansionstempo ab (Abbildung 1). Die Dynamik beim privaten Konsum, die vor allem von der anhaltend günstigen Arbeitsmarktentwicklung getragen wird, bleibt hoch, auch wenn die Wirkung einiger vorübergehend stimulierender Faktoren allmählich nachlässt. Die Ausfuhren dürften sich aufgrund der Belebung der Weltkonjunktur und der jüngsten Abwertung des Euro spürbar beschleunigen. Schließlich mehren sich die Zeichen, dass die Unternehmensinvestitionen, an-

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2012–2016



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

geregt durch die zyklischen Auftriebskräfte und die günstigen Finanzierungsbedingungen, an Fahrt aufnehmen. Für das zweite Quartal deuten nicht zuletzt die günstigen Produktionszahlen für den April auf einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,5 Prozent hin. Alles in allem belassen wir unsere Prognose für das Bruttoinlandsprodukt nahezu unverändert und rechnen für das laufende Jahr mit einem Anstieg von 1,8 Prozent sowie für das kommende Jahr von 2,1 Prozent (Tabelle 1). Damit dürfte die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im gesamten Prognosezeitraum zunehmen und die Produktionslücke im Jahr 2016 bereits deutlich im positiven Terrain liegen (Boysen-Hogrefe et al. 2015). Vor diesem Hintergrund wird sich der Preisauftrieb allmählich beschleunigen. Für das Jahr 2016 rechnen wir mit einer Inflationsrate von knapp 2 Prozent.

Die Dynamik beim privaten Konsum bleibt hoch. Der private Konsum expandiert bereits seit dem dritten Quartal des vergangenen Jahres mit hohen Raten. Das Fundament für die hohe Konsumdynamik ist die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt, die robuste Einkommenszuwächse mit sich bringt. Hinzu kamen zuletzt temporär wirkende Faktoren, wie die Anhebung

der monetären Sozialleistungen sowie reale Kaufkraftzuwächse in Folge des Ölpreisverfalls. Diese temporären Faktoren verlieren allmählich an Wirkung, zumal der Ölpreis einen Teil seiner Verluste in der Zwischenzeit wieder wettgemacht hat, so dass die privaten Konsumausgaben im Prognosezeitraum nicht mehr ganz an die hohen Zuwachsraten der vergangenen Quartale heranreichen werden. Gleichwohl wird der private Konsum im längerfristigen Vergleich weiterhin sehr dynamisch expandieren. Im kommenden Jahr, wenn die real verfügbaren Einkommen mit rund 2 Prozent aufgrund der höheren Preisdynamik wohl nicht mehr ganz so rasch steigen werden wie in diesem Jahr (knapp 3 Prozent), wird der private Konsum voraussichtlich zunehmend durch eine rückläufige Sparquote der privaten Haushalte gestützt werden. Nachdem die privaten Haushalte mit den zwischenzeitlich erhöhten Einkommenszuwächsen in den vergangenen Quartalen erwartungsgemäß auch ihre Sparquote anhoben, dürfte die Sparquote nun allmählich wieder auf ihren längerfristigen abnehmenden Trend zurückkehren. Darauf deuten bereits die jüngsten Daten hin. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass der private Konsum im laufenden Jahr um 2,3 Prozent und im kommenden Jahr um 2,2 Prozent kräftig zulegen wird.

Tabelle 1:
Eckdaten für die wirtschaftliche Entwicklung 2013–2016

	2013	2014	2015	2016
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,1	1,6	1,8	2,1
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	2,1	1,7	1,7	1,8
Verbraucherpreise	1,5	0,9	0,6	1,7
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,4	0,1	0,8	1,4
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	42 281	42 637	42 860	43 179
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,9	6,7	6,4	6,0
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	0,1	0,6	0,6	0,4
Schuldenstand	77,1	74,7	71,2	67,9
Leistungsbilanz	6,5	7,6	8,1	7,8

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Der Investitionsaufschwung festigt sich. Es zeichnet sich ab, dass die Investitionen insbesondere im Unternehmensbereich wieder an Schwung gewinnen und im kommenden Jahr zur wichtigsten Triebfeder der Konjunktur werden. Zwar sind die Finanzierungsbedingungen seit geraumer Zeit ausgesprochen günstig. In der Vergangenheit wurde das Investorenvertrauen jedoch immer wieder – nicht zuletzt durch die geopolitischen Risiken und die schwelende Krise im Euroraum – belastet, so dass der Investitionsaufschwung ins Stottern geriet. Diese Belastungsfaktoren sind zwar noch nicht vollkommen entfallen – so könnte die Debatte um einen möglichen Austritt Griechenland aus dem Euroraum belastend wirken –, die Risiken insgesamt haben jedoch abgenommen, zumal sich die Konjunktur in den übrigen Krisenländern zuletzt gefangen hat und Ansteckungseffekte unwahrscheinlicher geworden sind. Hinzu kommt, dass sich die Absatz- und Ertragsaussichten nicht zuletzt aufgrund der Abwertung des Euro weiter gebessert haben und die Kapazitätsauslastung, die in der Tendenz weiter aufwärtsgerichtet ist, ihr Normalmaß bereits überschritten hat. Alles in allem dürften die Unternehmensinvestitionen, die bereits zu Jahresbeginn wieder kräftig expandierten, im laufenden Jahr insgesamt um 3,1 Prozent und im kommenden Jahr deutlich beschleunigt um 5,7 Prozent zulegen. Auch die Wohnungsbauinvestitionen nahmen zuletzt kräftig zu und dürften auch im Prognosezeitraum aufgrund der niedrigen Hypothekenzinsen und den hohen Einkommenszuwächsen der privaten Haushalte dynamisch expandieren. Für eine anhaltend hohe Dynamik spricht auch, dass die Immobilienpreise zuletzt deutlich aufwärtsgerichtet waren. Zudem werden die von der demographischen Entwicklung ausgehenden belastenden Faktoren durch den hohen Wanderungssaldo zumindest teilweise aufgefangen. Die Wohnungsbauinvestitionen werden sich im laufenden Jahr wohl um 2,4 Prozent und 2016 um reichlich 4 Prozent erhöhen.

Die Kreditbedingungen für Unternehmen in Deutschland sind weiterhin permissiv. Die

vom ifo Institut ermittelte Kredithürde für Unternehmen sinkt weiter. Besonders verbessert hat sich der Zugang zu Krediten für die größeren Unternehmen: Nur noch 8,8 Prozent berichteten im Mai von einer restriktiven Kreditvergabe seitens der Banken. Nachdem die Kredithürde für die kleinen und mittleren Unternehmen ihr Vorkrisenniveau von 2007 bereits unterschritten hat, steuern nun auch die großen Unternehmen auf diese Marke zu. Der Bank Lending Survey weist für das erste Quartal 2015 auf eine Differenzierung an den Kreditmärkten hin: Während die Banken ihre Kreditvergabestandards für Firmen per saldo nahezu unverändert ließen und die Kreditnachfrage der Unternehmen sich nicht weiter ausweitete, war bei Darlehen für Hauskäufe und Konsumausgaben eine leichte Straffung auf Kreditgeberseite zu beobachten, die einer expandierenden Nachfrage gegenüberstand.

Die Anleihezinsen sind weiterhin sehr niedrig. Obwohl die Zinsen für fünfjährige Bundesanleihen im Mai auf 0,5 Prozent gestiegen sind, bleiben sie im historischen Vergleich äußerst niedrig. Zu dem Anstieg beigetragen haben dürfte die sich zunehmend festigende konjunkturelle Erholung im Euroraum, der Anstieg der Inflationserwartungen sowie – damit zusammenhängend – die nach unten korrigierten Erwartungen bezüglich der Dauer des Aufkaufprogramms der EZB. Eine Rolle gespielt haben könnte auch, dass mögliche Veränderungen in der Regulierung von Versicherungen und anderen Finanzmarktakteuren, die es diesen stärker erlauben würden, aus Staatsanleihen in andere Papiere zu diversifizieren, eingepreist worden sind. Solche Spekulationen könnten auch durch die Bemerkungen des EZB-Präsidenten auf der Pressekonferenz vom 3. Juni Auftrieb erhalten haben, in welchen er makroprudentielle und nicht geldpolitische Veränderungen als Gegenmaßnahme gegen die potenzielle Knappheit von Staatsanleihen empfahl. Insgesamt sollte die absolut betrachtet noch recht kleine Kurskorrektur der Bundesanleihen aber auch nicht überbewertet werden. Die im Jahr 2011 stark gestiegene Zinsdifferenz gegenüber dreijähri-

gen Unternehmensanleihen normalisiert sich weiterhin, nachdem sie nach Beginn der Finanzkrise spürbar gestiegen war. Zuletzt lag sie bei 1,7 Prozentpunkten. Finanzierungsseitig besteht für die Investitionstätigkeit weiterhin ein extrem günstiges Umfeld.

Die Abwertung des Euro stimuliert die Exporte zusätzlich. Nach einem verhaltenen Jahresauftakt dürften die Ausfuhren im Sommerhalbjahr deutlich rascher expandieren. Dazu trägt die Abwertung des effektiven Wechselkurses bei. Auf einen deutlichen Anstieg der Ausfuhren im laufenden Quartal deuten auch die vorliegenden Daten für die monatlichen Warenausfuhren hin. Im kommenden Jahr dürfte sich die hohe Dynamik bei den Ausfuhren fortsetzen. Zwar werden die stimulierenden Effekte der Abwertung auslaufen. Allerdings werden die Ausfuhren zunehmend von der konjunkturellen Belebung in den fortgeschritten Volkswirtschaften stimuliert (Fiedler et al. 2015). Insgesamt rechnen wir im laufenden Jahr mit einer Zunahme der Ausfuhren um 5,9 Prozent und im kommenden Jahr um 6,7 Prozent. Die Einfuhren werden aufgrund der kräftigen Binnenkonjunktur und der anziehenden Exporte im gesamten Prognosezeitraum sehr dynamisch expandieren. Allerdings wird die Abwertung des Wechselkurses kurzfristig dämpfend wirken. Insgesamt erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg der Einfuhren um 6,7 Prozent sowie einen weiteren Anstieg um 8,5 Prozent im kommenden Jahr. Nachdem sich die Terms of Trade seit 2012 zum Teil kräftig verbessert haben, wird es im Sommerhalbjahr wohl erstmals wieder zu einer Verschlechterung kommen. Ausschlaggebend hierfür ist neben der Abwertung des Euro auch der leichte Wiederanstieg des Ölpreises.

Die deutschen Exporteure gewinnen tendenziell an Weltmarktanteilen. Die Ausfuhren dürften im Prognosezeitraum stärker expandieren als der Welthandel. Nicht nur werden sie durch die Abwertung des Euro stimuliert. Auch die sich abzeichnende Erholung im Euroraum – in dem für Deutschland nach wie vor bedeutendsten Absatzmarkt (37 Prozent der Exporte

in 2014) – wird die Ausfuhren wohl überproportional anregen.¹ Zudem dürften die deutschen Exporteure mit ihrem Fokus auf Investitionsgüter im besonderen Maße von der Belebung der Investitionen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften profitieren. Der Welthandel verlor hingegen zuletzt erneut an Schwung und dürfte über den gesamten Prognosezeitraum nur verhalten expandieren (Fiedler et al. 2015).

Die Inflation zieht wieder an. Durch den Einbruch bei den Energiepreisen war die Inflationsrate im Januar auf einen Tiefststand von -1,5 Prozent im annualisierten Sechsmonatsvergleich gefallen. Mit dem Abklingen dieses Einmaleffektes erhöhte sie sich aber bereits wieder und kletterte bis zum Mai auf 0,9 Prozent. Rechnet man die Energiekomponente heraus, so ergab sich zuletzt sogar ein Anstieg von 1,7 Prozent. Der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb war noch etwas höher; der BIP-Deflator legte im ersten Quartal um 1,9 Prozent zu. Vor diesem Hintergrund dürfte die Inflation im laufenden Jahr bei 0,6 Prozent liegen und sich im kommenden Jahr auf 1,7 Prozent beschleunigen.

Die Einführung des Mindestlohns hat offenbar zu ersten Arbeitsplatzverlusten geführt; die Beschäftigung insgesamt bleibt dennoch aufwärtsgerichtet. Der Beschäftigungsaufbau hat zu Jahresbeginn spürbar an Fahrt verloren. Dies geht im Wesentlichen auf einen drastischen Rückgang der Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten (sog. Minijobber) um etwa 160 000 zurück. Ein direkter Zusammenhang mit der Einführung des Mindestlohns zum 1. Januar liegt nahe. Die Tatsache, dass im gleichen Zeitraum die Zahl aller Erwerbstätigen deutlich langsamer gestiegen ist als zuvor, spricht nicht dafür, dass die weggefallenen Minijobs größtenteils in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder andere Beschäftigungsformen umgewandelt wurden (Groll 2015). Da der Beschäftigungsaufbau in den vom Mindest-

¹ Für eine detaillierte Analyse des Zusammenhangs zwischen Welthandel und den deutschen Ausfuhren, siehe Boysen-Hogrefe et al. (2014: Kasten 1).

lohn nicht betroffenen Arbeitsmarktsegmenten aber weiterhin robust ist, wird die Zahl aller Erwerbstätigen im Prognosezeitraum weiter zunehmen. Für den Durchschnitt der Jahre 2015 und 2016 erwarten wir einen Anstieg um 220 000 bzw. 320 000 Personen.

Die Effektivverdienste legen in diesem Jahr mindestlohnbedingt stärker zu als die Tarifverdienste. Im ersten Quartal dieses Jahres verlangsamte sich der Anstieg der Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) trotz Einführung des Mindestlohns. Dies dürfte nicht zuletzt auf verzögerte Tarifabschlüsse ohne Ausgleichzahlung (sog. Nullmonate) im öffentlichen Dienst und in der chemischen Industrie sowie auf einen ausgeprägten Basiseffekt im Einzelhandel zurückzuführen sein. Der Tariflohnanstieg verlangsamte sich daher ebenfalls. Die Mindestlohneinführung dürfte allerdings wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Effektivverdienste zum ersten Mal seit fast drei Jahren stärker gestiegen sind als die Tarifverdienste, wenngleich nicht so ausgeprägt wie von uns erwartet (Kasten 1). Wir rechnen für das Gesamtjahr mit einem Tariflohnanstieg von 2,7 Prozent und einem Effektivlohnanstieg von 3,3 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte der Effektivlohnanstieg aufgrund des Wegfalls des Mindestlohneffekts geringer ausfallen.

Deutliches Plus in den öffentlichen Haushalten im Jahr 2015. Die konjunkturelle Belebung führt zu einer deutlichen Zunahme der Einnahmen aus Steuern und Beiträgen, hinzu kommt ein Einmaleffekt durch die Versteigerung von Mobilfunklizenzen.² Zugleich steigen zwar die Ausgaben für soziale Sachleistungen spürbar an, doch dürften die Arbeitnehmerentgelte vergleichsweise moderat zulegen und die Zinsausgaben abermals kräftig sinken, so dass die Dynamik aller Ausgaben zusammen etwas geringer ist als die der Einnahmen. Insgesamt dürften trotz mehrerer expansiv ausgerichteter fi-

² Bei Abschluss der Prognose war die Auktion noch nicht abgeschlossen. Der letzte berücksichtigte Stand lag bei rund 3,5 Mrd. Euro.

nanzpolitischer Maßnahmen, wie der Absenkung des Beitrags zur Rentenversicherung oder die Anhebung des Kindergelds, der Haushaltsüberschuss im Vergleich zum Vorjahr auf knapp 20 Mrd. Euro (0,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) zunehmen.

Der Überschuss der öffentlichen Haushalte sinkt im Jahr 2016. Für das kommende Jahr rechnen wir zwar erneut mit merklichen Überschüssen, doch dürften diese geringer ausfallen als in diesem Jahr, insbesondere weil die Finanzpolitik merklich expansiv ausgerichtet sein wird. So dürften der Einkommensteuertarif angepasst werden und die Beitragssätze zur Rentenversicherung sinken. Zugleich zeichnet sich zur Jahresmitte 2016 eine spürbare Rentenanpassung ab und die Investitionstätigkeit des Staates wird – gestützt von verschiedenen Programmen – wohl kräftig ausgeweitet. Der Budgetüberschuss dürfte sich auf 11,5 Mrd. Euro (0,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) belaufen, wobei die Sozialversicherungen wohl ein merkliches Defizit aufweisen werden.

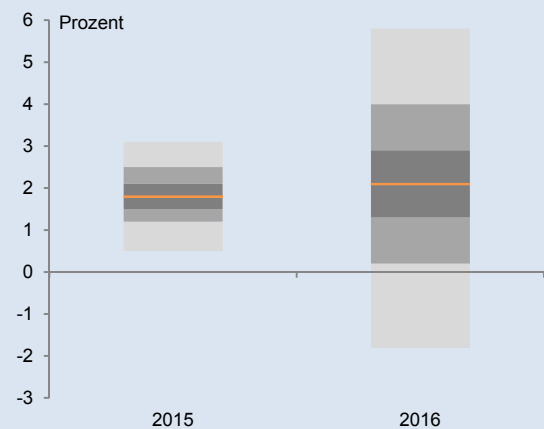
Risiken für die deutsche Konjunktur ergeben sich insbesondere aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld. So könnte eine abermalige Verschärfung der geopolitischen Spannungen rund um den Konflikt in der Ukraine zu einem erheblichen Belastungsfaktor für die Konjunktur werden. Auch ein Staatsbankrott oder Austritt Griechenlands aus der Währungsunion könnte zu beträchtlicher Unsicherheit an den Finanzmärkten führen und so die Konjunktur belasten. Allerdings haben sich sowohl für Deutschland als auch für den übrigen Euroraum die Risiken, die sich aus diesen Szenarien für Griechenland ergeben würden, in den vergangenen Jahren wohl spürbar verringert. So hat die Gefahr von Ansteckungseffekten innerhalb des Euroraums abgenommen, und in einigen Ländern zeigen sich offenbar erste Erfolge der Reformbemühungen. Darüber hinaus gewinnen auch die Aufwärtsrisiken für die deutsche Konjunktur mehr und mehr an Gewicht. So ist vor dem Hintergrund der extrem permissiven Geldpolitik der EZB nicht auszuschließen, dass die Konjunktur gerade in den Ländern, die erste

Reformerfolge verzeichnen, deutlich stärker zulegt als von uns prognostiziert und so die deutschen Ausfuhren zusätzlich stimuliert werden. Auch deuten viele Studien darauf hin, dass die stimulierenden Effekte von Ölpreisrückgängen erst nach einiger Zeit ihre volle Wirkung entfalten. Gerade diese mittelfristigen Effekte sind in Konjunkturprognosen jedoch häufig schwer abgreifbar und könnten deshalb sowohl für eine höhere konjunkturelle Dynamik in wichtigen Abnehmerländern als auch unmittelbar in Deutschland führen. Sowohl Aufwärts- als auch Abwärtsrisiken für unsere Prognose ergeben sich schließlich daraus, dass durch die „Quantitative Lockerung“ der EZB die Risiken für ausgeprägte Wechselkursänderungen größer geworden sind. Die bei der Prognose bestehende Unsicherheit für die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts im diesem Jahr liegt bei einem Konfidenzniveau von 66 Prozent zwischen 1,2 und 2,4 Prozent (Abbildung 2).

Die gute Konjunktur darf nicht zum Ruhekitzen für die Wirtschaftspolitik werden. In Boomphasen erhöht sich das Risiko für die Wirtschaftspolitik, Reformanstrengungen zu verringern oder gar Maßnahmen zu beschließen, die das Potenzialwachstum schädigen. Solche Maßnahmen erfreuen sich zwar bisweilen breiter gesellschaftlicher Akzeptanz und ihre negativen Auswirkungen werden kurzfristig durch die günstige konjunkturelle Entwicklung überdeckt. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass sich die mittelfristigen Wachstumsaussichten dadurch verringern. In der Vergangenheit sind bereits einige solcher Maßnahmen (z.B. Einführung des Mindestlohns oder der Rente mit 63) durchgeführt worden. Bisher dürften diese Maß-

nahmen zwar das Potenzialwachstum nur leicht dämpfen. Sollte diese Politik jedoch fortgeführt werden, so wären die Reformerfolge früherer Jahre rasch wieder verspielt (Kooths 2014). Auch für die Finanzpolitik ergeben sich angesichts konjunkturell bedingt hoher Steuereinnahmen und sehr niedriger Refinanzierungskosten erhebliche Risiken. Die aus diesem Umfeld resultierende günstige Entwicklung der Staatseinnahmen wird allzu leicht als dauerhaft angesehen und in der Folge für strukturelle Ausgabenerhöhungen verwendet. Die Finanzpolitik sollte diesen Risiken entgegenwirken, indem sie sich in der derzeitigen Phase nicht mit dem Erfüllen der Schuldenbremse zufrieden gibt.

Abbildung 2:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2015–2016



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangefarbene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2014).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Kasten 1:**Zu den Auswirkungen des Mindestlohns auf die durchschnittlichen Effektivverdienste**

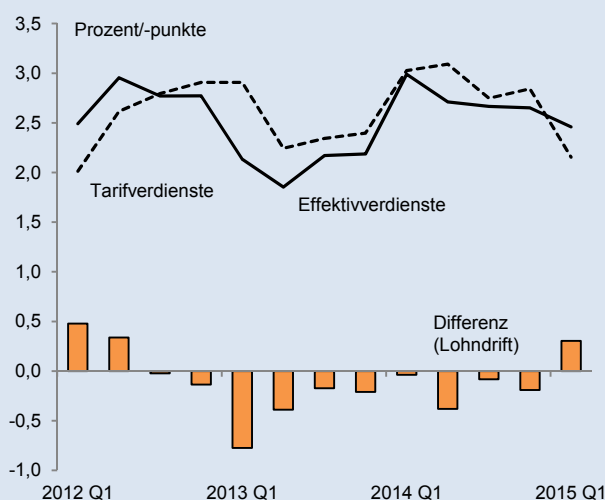
Mit Veröffentlichung der ausführlichen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das erste Quartal 2015 liegen nun erstmals amtliche Daten zu der Entwicklung der durchschnittlichen Effektivverdienste nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns vor. Demnach sind die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,5 Prozent gestiegen, nach 2,7 Prozent im vierten Quartal 2014.

Die Tatsache, dass sich der Lohnanstieg trotz Mindestlohneinführung abgeschwächt hat, kann nicht zuletzt dadurch erklärt werden, dass es zum einen im öffentlichen Dienst sowie in der chemischen Industrie zu verzögerten Tarifabschlüssen ohne Ausgleichszahlung (sog. Nullmonate) kam und zum anderen im Einzelhandel ein ausgeprägter negativer Basiseffekt wirkte. In der Folge schwächte sich der Tariflohnanstieg insgesamt recht deutlich von 2,8 Prozent auf 2,2 Prozent ab.

Die Einführung des Mindestlohns kommt vielmehr in der Differenz zwischen dem Effektivlohnanstieg und dem Tariflohnanstieg (sog. Lohndrift) zum Ausdruck. Der Tariflohnindex ist per Konstruktion von der Mindestlohneinführung kaum tangiert, da er sich an Eckentgeltempfängern mit abgeschlossener Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung orientiert (Deutsche Bundesbank 2015: 15). Die Lohndrift war im ersten Quartal das erste Mal seit knapp drei Jahren positiv (Abbildung K1-1). Allerdings fiel sie mit 0,3 Prozentpunkten nur halb so hoch aus, wie von uns erwartet worden war. Alles in allem hat sich die Einführung des Mindestlohns bisher weniger in den amtlichen Statistiken bemerkbar gemacht, als vielerorts erwartet worden war. Dies kann eine ganze Reihe von Gründen haben. Im Hinblick auf die Mindestlohneinführung sind hier insbesondere zwei Gründe hervorzuheben.

Zum einen ist es alles andere als sicher, wieviel Prozent der Arbeitnehmer tatsächlich den Mindestlohn erhalten. Unsere Prognose stützte sich auf die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Schätzungen auf Basis des SOEP ergeben, dass vor der Einführung des Mindestlohns etwa 15 Prozent aller Arbeitnehmer weniger als 8,50 Euro brutto je Stunde verdienen (Armlinger et al. 2014; Brenke 2014; Knabe et al. 2014). Das SOEP scheint die tatsächliche Lohnverteilung in Deutschland grundsätzlich recht gut abzubilden (Falck et al. 2013). Bellmann et al. (2015) kommen allerdings auf Basis des IAB-Betriebspanels zu dem Schluss, dass mit 4,4 Prozent ein erheblich kleinerer Teil der Arbeitnehmer von der Mindestlohneinführung unmittelbar betroffen ist. Noch unsicherer ist die Zahl der Personen, die aufgrund von Branchenmindestlöhnen oder Tarifverträgen unter die bis Ende 2016 geltenden Ausnahmeregelungen fallen. Hier sind nur äußerst grobe Schätzungen möglich. Die Unsicherheit wird schließlich dadurch erhöht, dass für beide Marktseiten Anreize bestehen, den gesetzlichen Mindestlohn zu umgehen, so dass er möglicherweise nur zum Teil zur Geltung kommt.

Zum anderen ist es denkbar, dass die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) den Effekt der Mindestlohneinführung auf die durchschnittlichen Effektivverdienste unzureichend erfassen. Die Fortschreibung der Effektivverdienste gemäß VGR stützt sich in erheblichem Maße auf die alle vier Jahre durchgeführte Verdienststrukturerhebung sowie auf die vierteljährliche Verdiensterhebung. Beide Erhebungen umfassen grundsätzlich nur Betriebe mit mindestens zehn Beschäftigten. Folgt man den Daten des SOEP, so sind jedoch etwa 30 Prozent aller Arbeitnehmer mit ehemals Stundenlöhnen von unter 8,50 Euro in Betrieben mit höchstens zehn Beschäftigten tätig. Gerade bei dieser Gruppe von Beschäftigten ist der erforderliche Lohnanstieg aufgrund des Mindestlohns besonders ausgeprägt.

Abbildung K1-1:**Effektiv- vs. Tariflohnverdienste 2012–2015**

Quartalsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal; Effektivverdienste: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*.

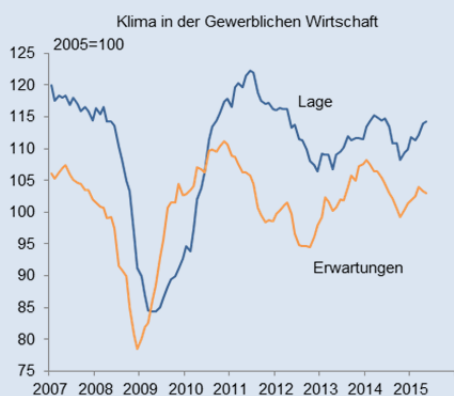
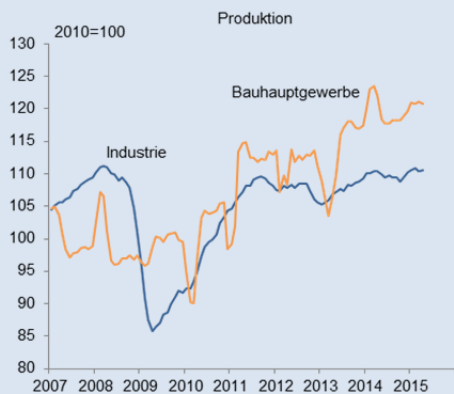
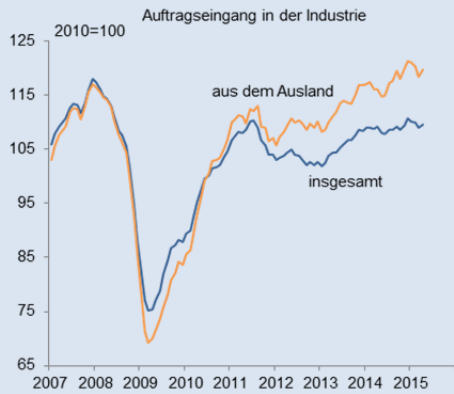
Datenanhang

Inhalt

1. Konjunkturindikatoren	9
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung	10
3. Außenwirtschaft	12
4. Inländische Verwendung	13
5. Wirtschaftsbereiche	15
6. Löhne	16
7. Beschäftigung	17
8. Öffentliche Finanzen	18
9. Bruttoinlandsprodukt und Komponenten	19
10. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	20

1. Konjunkturindikatoren

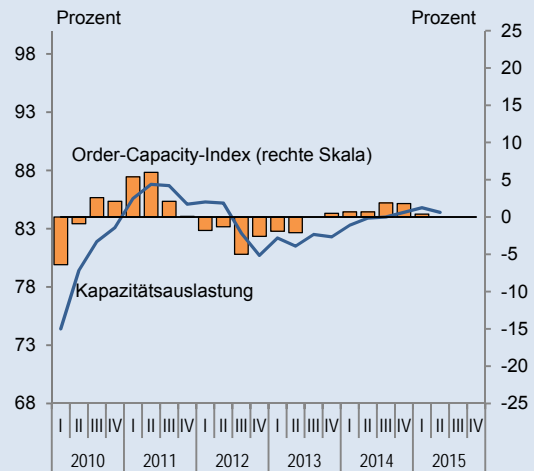
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren 2007–2015



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

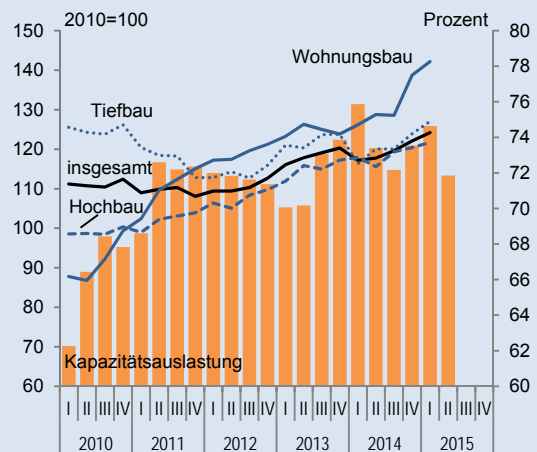
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung 2010–2015



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: EU-Kommission, *Konjunkturumfrage bei Unternehmen und Verbrauchern*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2010–2015

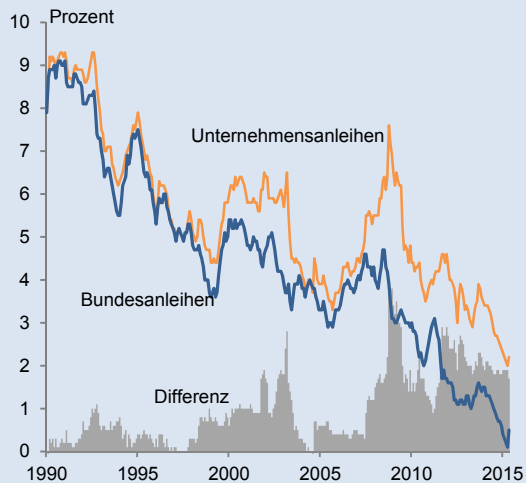


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (2015-Q2: April/Mai); Auftragsbestände: preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

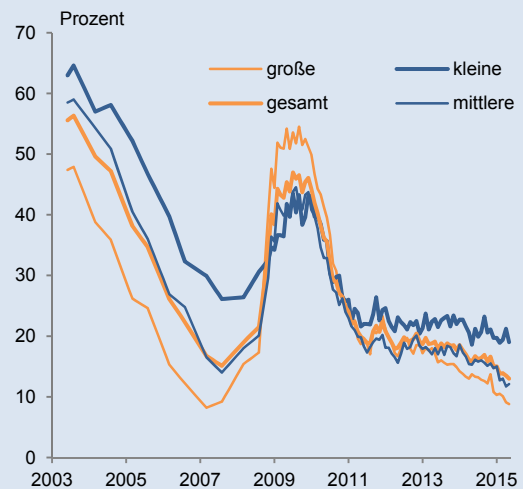
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen 1990–2015



Monatsdaten, Renditen; Unternehmensanleihen mit mittlerer Restlaufzeit von über drei Jahren; Bundesanleihen mit 5-jähriger Laufzeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

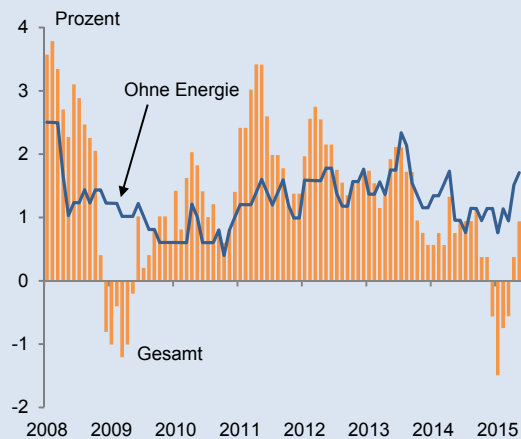
Abbildung 2.2:
Kredithürde nach Unternehmensgröße 2003–2015



Monatsdaten ab November 2008; Anteil der Firmen, die über eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten.

Quelle: ifo, *Schnelldienst*.

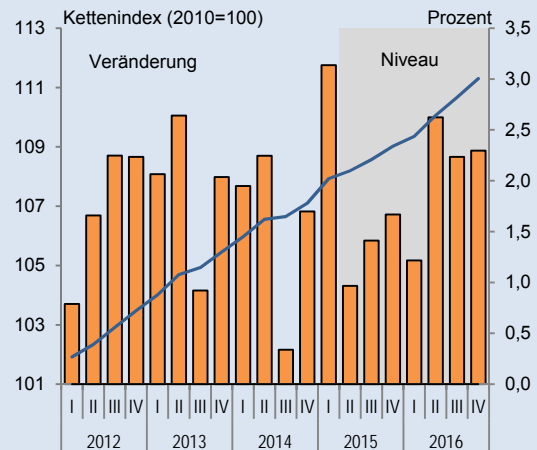
Abbildung 2.3:
Verbraucherpreise 2008–2015



Monatsdaten, saisonbereinigt; Veränderung in den vergangenen sechs Monaten; Jahresrate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.4:
Deflator des Bruttoinlandsprodukts 2012–2016



Quartalsdaten, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2013–2016

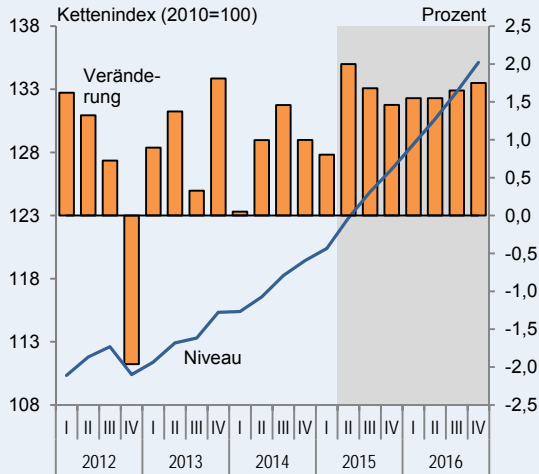
	2013				2014				2015				2016			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,75	0,60	0,50	0,40	0,25	0,23	0,10	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Langfristige Zinsen	1,5	1,4	1,8	1,8	1,7	1,4	1,1	0,8	0,4	0,60	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4
US-Dollar/Euro	1,32	1,31	1,32	1,36	1,37	1,37	1,33	1,25	1,13	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	85,8	86,1	86,2	86,9	87,4	87,6	86,4	86,0	83,8	82,5	82,3	82,2	82,2	82,2	82,3	82,5
Exportmärkte	0,3	0,5	0,6	0,6	0,3	0,5	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7
Rohölpreis	112,9	103,0	110,1	109,4	107,9	109,8	102,1	76,0	54,1	62,10	68,0	71,0	73,0	74,0	75,0	75,0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 37 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtumsatz, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*, Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*, IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Außenwirtschaft

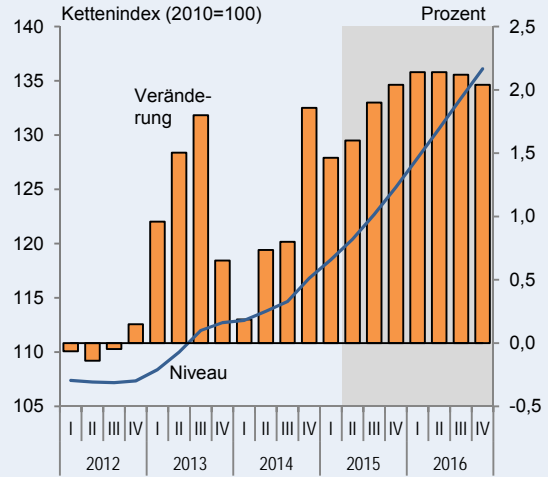
Abbildung 3.1:
Exporte 2012–2016



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

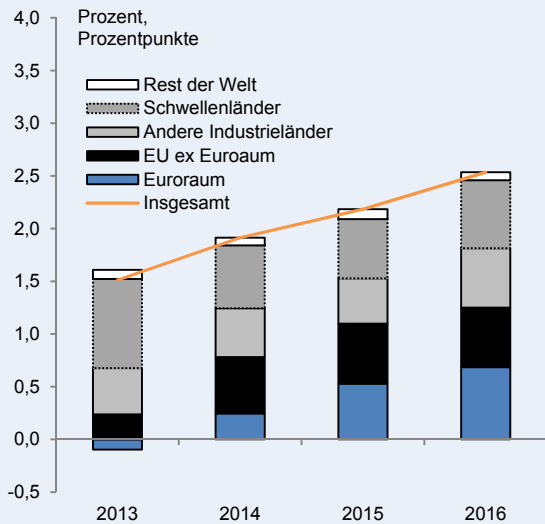
Abbildung 3.2:
Importe 2012–2016



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

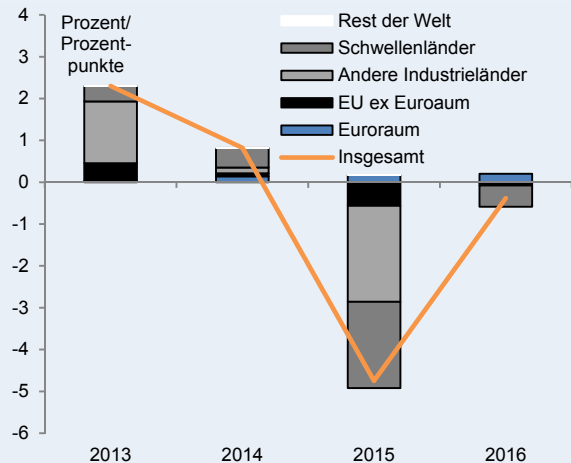
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte 2013–2016



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; nationale Quellen; 2015–2016: Prognose des IfW.

Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2013–2016

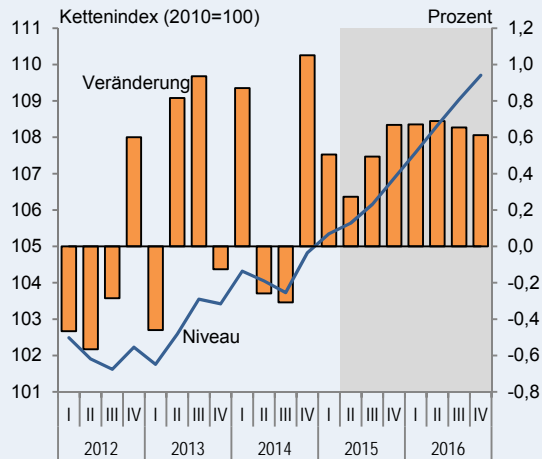


Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Handelspartnerländern der Deutschen Bundesbank; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2015–2016: Prognose des IfW.

4. Inländische Verwendung

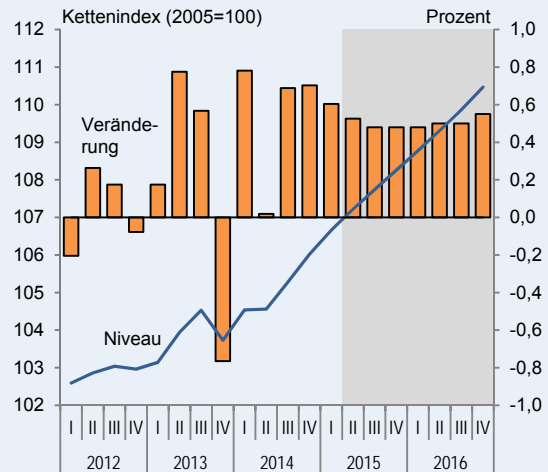
Abbildung 4.1:
Letzte inländische Verwendung 2012–2016



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

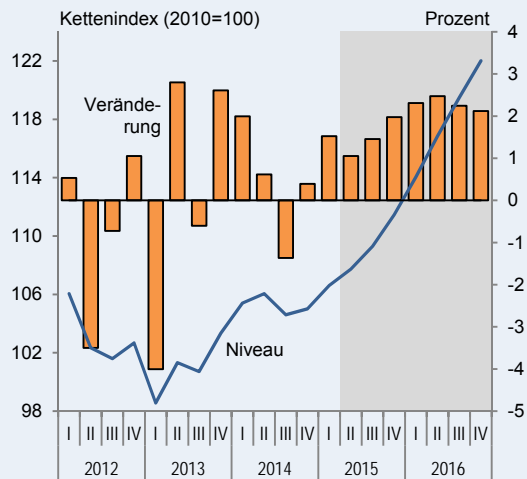
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben 2012–2016



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau unterlegt: Prognose des IfW.

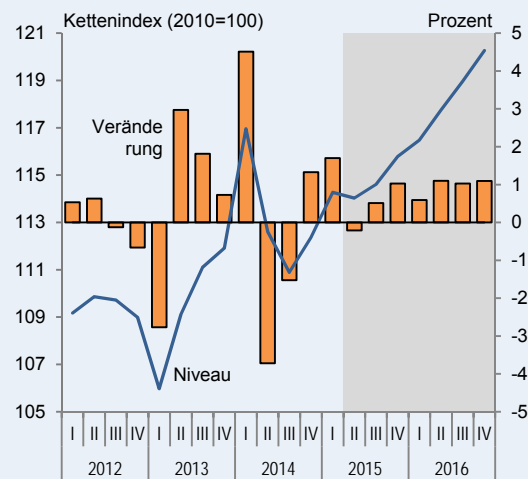
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen 2012–2016



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

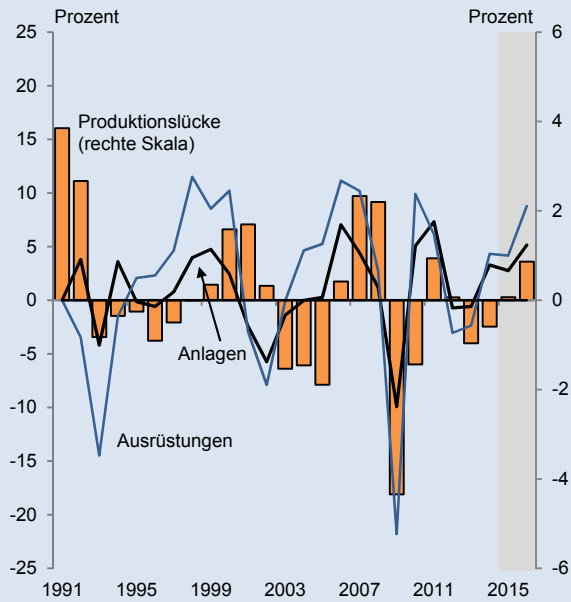
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen 2012–2016



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 4.5:
Investitionszyklen 1991–2016



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: in Prozent des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen 2013–2016

	2013	2014	2015	2016
Anlageinvestitionen	-0,6	3,3	2,8	5,1
Unternehmensinvestitionen	-1,3	3,0	3,1	5,7
Ausrüstungen	-2,4	4,3	4,2	8,8
Wirtschaftsbau	-2,1	2,2	2,3	2,3
Sonstige Anlagen	1,3	1,2	1,9	3,1
Wohnungsbau	0,6	3,8	2,4	4,1
Öffentlicher Bau	1,6	3,9	0,6	4,0
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	-0,1	3,4	2,2	3,6

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2014–2016

	2014	2015				2016
	IV	I	II	III	IV	I
Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent						
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung	0,4	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	1,1	0,2	0,6	0,6	0,7	0,7
Verarbeitendes Gewerbe	1,0	-0,1	0,6	0,6	0,7	0,7
Baugewerbe	0,0	1,8	-0,1	0,4	0,6	0,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,5	2,2	0,4	0,4	0,4	0,4
Information und Kommunikation	-0,9	0,2	1,1	0,9	1,1	1,1
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,6	0,4	0,3	0,1	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,2	0,4	0,4	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	0,0	0,4	0,8	0,9	0,8	0,8
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,5	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister	-0,7	-0,2	0,2	0,1	0,2	0,2

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. Löhne

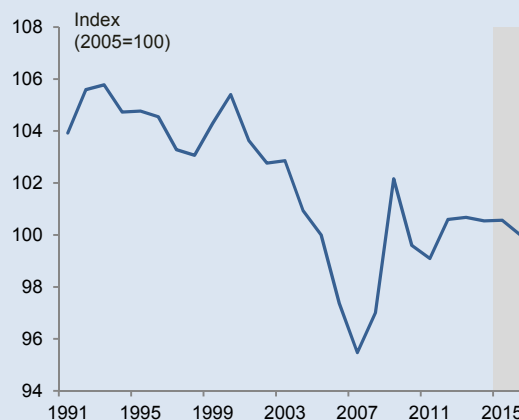
Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität 2013–2016

	2013	2014	2015	2016
Stundenkonzept				
Tariflöhne	2,4	3,0	2,7	2,7
Effektivlöhne	2,8	1,9	2,8	2,4
Lohn drift	0,4	-1,1	0,1	-0,2
Lohnkosten	2,6	1,8	2,6	2,4
Arbeitsproduktivität	0,4	0,1	0,8	1,4
Lohnstückkosten	2,2	1,6	1,8	0,9
Lohnstückkosten (real)	0,1	-0,1	0,0	-0,8
Personenkonzept				
Tariflöhne	2,4	2,9	2,7	2,7
Effektivlöhne	2,1	2,7	3,3	2,4
Lohn drift	-0,3	-0,2	0,6	-0,3
Lohnkosten	1,9	2,6	3,2	2,2
Arbeitsproduktivität	-0,5	0,8	1,3	1,4
Lohnstückkosten	2,4	1,8	1,9	0,9
Lohnstückkosten (real)	0,3	0,1	0,1	-0,9

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohn drift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten 1991–2016



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

7. Beschäftigung

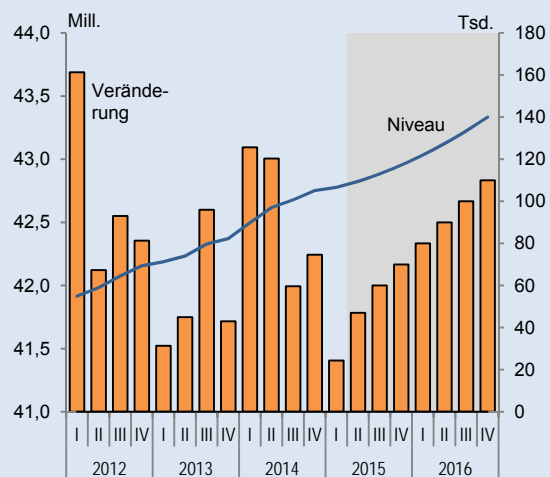
Tabelle 7.1:
Beschäftigung 2012–2016 (1 000 Personen)

	2012	2013	2014	2015	2016
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	57 763	57 608	58 461	59 042	59 458
Erwerbstätige (Inland)	42 033	42 281	42 637	42 860	43 179
Selbständige	4 544	4 457	4 400	4 321	4 279
Arbeitnehmer (Inland)	37 489	37 824	38 238	38 538	38 900
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29 362	29 729	30 220	30 744	31 181
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 980	5 018	5 027	4 804	4 740
Pendlersaldo	54	56	54	55	54
Erwerbstätige (Inländer)	41 979	42 225	42 583	42 805	43 125
Arbeitnehmer (Inländer)	37 435	37 768	38 183	38 484	38 846
Registrierte Arbeitslose	2 896	2 950	2 897	2 783	2 631
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,8	6,9	6,7	6,4	6,0
Erwerbslosenquote (Prozent)	5,1	4,9	4,7	4,4	4,0

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

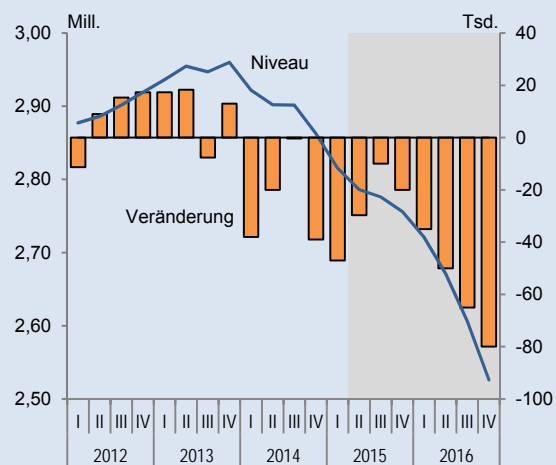
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige 2012–2016



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose 2012–2016



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

8. Öffentliche Finanzen

Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2012–2016 (Mrd. Euro)

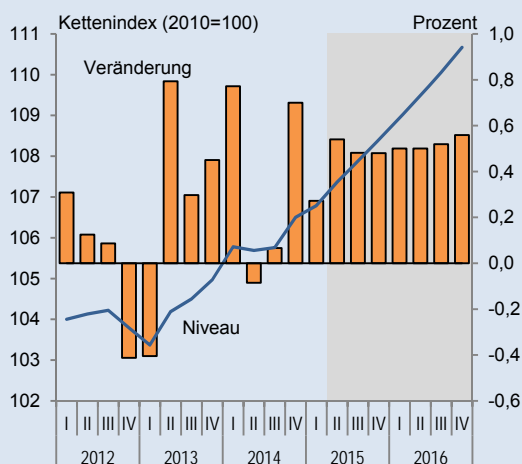
	2012	2013	2014	2015	2016
Einnahmen	1 217,8	1 249,4	1 295,0	1 332,0	1 372,9
➤ <i>relativ zum BIP</i>	44,3	44,5	44,6	44,4	44,2
Steuern	619,8	637,9	659,2	679,1	702,9
➤ <i>relativ zum BIP</i>	22,5	22,7	22,7	22,6	22,6
Sozialbeiträge	454,3	465,4	482,2	500,1	516,0
➤ <i>relativ zum BIP</i>	16,5	16,6	16,6	16,7	16,6
Sonstige Einnahmen	143,8	146,2	153,6	152,8	154,0
➤ <i>relativ zum BIP</i>	5,2	5,2	5,3	5,1	5,0
Ausgaben	1 215,2	1 245,3	1 276,4	1 313,2	1 361,4
➤ <i>relativ zum BIP</i>	44,2	44,3	44,0	43,8	43,8
Arbeitnehmerentgelt	212,7	217,6	224,1	229,8	236,1
Vorleistungen	126,5	131,5	135,0	140,1	145,2
Soziale Sachleistungen	215,8	226,9	239,8	254,3	268,7
Bruttoinvestitionen	62,1	62,8	62,2	64,3	67,6
Geleistete Vermögenseinkommen	63,2	56,3	50,9	45,1	43,9
Monetäre Sozialleistungen	429,7	439,9	451,4	467,0	482,9
Subventionen	24,4	24,7	26,4	26,7	27,0
Sonstige laufende Übertragungen	54,5	62,0	63,4	65,5	66,8
Vermögensübertragungen	27,7	24,8	24,6	24,4	24,7
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,3	-1,3	-4,0	-1,5
Finanzierungssaldo	2,6	4,2	18,6	18,7	11,5
➤ <i>relativ zum BIP</i>	0,1	0,1	0,6	0,6	0,4
Einnahmen der Gebietskörperschaften	793,9	811,3	840,1	859,9	885,4
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	789,3	810,2	839,1	858,8	884,4
Transfers der Sozialversicherung	4,6	1,0	1,1	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	809,6	813,2	825,5	841,6	869,9
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	699,0	712,4	723,7	736,8	761,8
Transfers an die Sozialversicherung	110,6	100,8	101,8	104,8	108,1
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-15,7	-1,9	14,6	18,2	15,6
Einnahmen der Sozialversicherung	539,2	540,1	557,7	578,0	596,7
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	428,6	439,2	456,0	473,2	488,6
Ausgaben der Sozialversicherung	520,9	534,0	553,8	577,5	600,8
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	516,3	532,9	552,7	576,4	599,7
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	18,3	6,1	4,0	0,5	-4,1

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

9. Bruttoinlandsprodukt und Komponenten

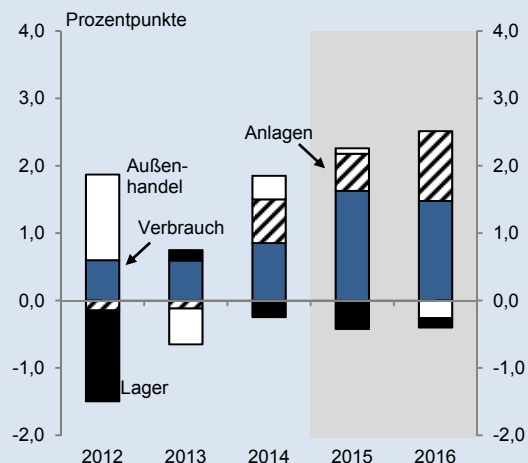
Abbildung 9.1:
Bruttoinlandsprodukt 2012–2016



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 9.2:
Verwendungsseitige Expansionsbeiträge 2012–2015



Jahresdaten, preisbereinigt (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2014–2016

	2014				2015				2016			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,8	-0,1	0,1	0,7	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6
Private Konsumausgaben	0,8	0,0	0,7	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,7	0,6	0,3	0,7	0,3	0,3	0,1	0,6	0,3	0,3	0,2
Ausrüstungsinvestitionen	2,0	0,6	-1,4	0,4	1,5	1,1	1,5	2,0	2,3	2,5	2,2	2,1
Bauinvestitionen	4,5	-3,7	-1,5	1,3	1,7	-0,2	0,5	1,0	0,6	1,1	1,0	1,1
Sonstige Anlagen	0,8	0,1	0,2	0,2	0,7	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7
Vorratsveränderungen	-0,2	-0,1	-0,6	0,4	-0,3	-0,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,9	-0,3	-0,3	1,1	0,5	0,3	0,5	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Ausfuhr	0,1	1,0	1,5	1,0	0,8	2,0	1,7	1,5	1,5	1,5	1,7	1,8
Einfuhr	0,2	0,7	0,8	1,9	1,5	1,6	1,9	2,0	2,1	2,1	2,1	2,0
Außenbeitrag	0,0	0,2	0,4	-0,3	-0,2	0,3	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0
Erwerbstätige, Inland	42 498	42 618	42 678	42 753	42 777	42 824	42 884	42 954	43 034	43 124	43 224	43 334
Arbeitslose	2 922	2 902	2 902	2 863	2 816	2 786	2 776	2 756	2 721	2 671	2 606	2 526

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

10. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,8	0,5	0,7	0,6	0,5	0,7	0,8
Arbeitsvolumen	1,5	1,0	0,7	0,6	1,4	1,4	0,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,6	0,5	0,0	0,0	0,9	0,8	-0,8
Produktivität ¹	0,1	0,8	1,4	0,8	0,9	1,1	1,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,6	1,8	2,1	1,3	2,3	2,5	1,7

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 166,6	2 238,1	2 322,9	1 088,7	1 149,4	1 131,6	1 191,4
Private Haushalte ²	1 604,3	1 652,3	1 713,3	804,8	847,5	836,0	877,3
Staat	562,3	585,8	609,6	283,9	301,9	295,5	314,1
Anlageinvestitionen	581,3	605,8	649,6	286,4	319,5	307,7	341,9
Ausrüstungen	185,6	193,6	212,1	90,2	103,4	98,8	113,3
Bauten	293,6	306,0	325,5	144,7	161,2	154,8	170,8
Sonstige Anlageinvestitionen	102,1	106,3	112,0	51,5	54,8	54,1	57,8
Vorratsveränderung ³	-30,6	-43,3	-48,4	-10,5	-32,8	-14,0	-34,3
Inländische Verwendung	2 717,3	2 800,7	2 924,2	1 364,5	1 436,1	1 425,3	1 498,9
Außenbeitrag	186,5	208,3	202,8	106,6	101,7	105,7	97,1
Exporte	1 325,0	1 421,7	1 536,7	687,3	734,3	749,2	787,5
Importe	1 138,5	1 213,4	1 333,9	580,7	632,7	643,5	690,4
Bruttoinlandsprodukt	2 903,8	3 009,0	3 127,0	1 471,2	1 537,8	1 531,0	1 596,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,6	3,3	3,8	3,1	3,5	3,9	3,6
Private Haushalte ²	2,1	3,0	3,7	2,8	3,2	3,9	3,5
Staat	3,9	4,2	4,1	4,0	4,3	4,1	4,0
Anlageinvestitionen	4,6	4,2	7,2	2,1	6,3	7,5	7,0
Ausrüstungen	4,3	4,3	9,6	1,6	6,8	9,6	9,5
Bauten	5,2	4,2	6,4	1,7	6,5	6,9	5,9
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	4,1	5,3	3,7	4,5	5,2	5,5
Inländische Verwendung	2,7	3,1	4,4	2,2	3,9	4,5	4,4
Exporte	3,5	7,3	8,1	5,9	8,6	9,0	7,2
Importe	1,9	6,6	9,9	4,4	8,7	10,8	9,1
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,6	3,9	3,1	4,2	4,1	3,8

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 030,5	2 074,9	2 116,2	1 016,8	1 058,1	1 039,1	1 077,1
Private Haushalte ²	1 517,7	1 552,7	1 586,8	758,4	794,3	777,1	809,7
Staat	512,9	522,3	529,6	258,4	263,9	262,0	267,6
Anlageinvestitionen	544,8	559,8	588,6	265,0	294,8	279,7	308,9
Ausrüstungen	182,9	190,5	207,2	88,4	102,1	96,2	110,9
Bauten	267,1	272,9	282,7	129,6	143,3	135,3	147,4
Sonstige Anlageinvestitionen	94,7	96,5	99,4	46,9	49,6	48,3	51,2
Inländische Verwendung	2 543,1	2 590,9	2 657,1	1 273,9	1 317,0	1 308,0	1 349,1
Exporte	1 275,5	1 350,9	1 442,0	656,0	694,9	705,3	736,7
Importe	1 092,8	1 165,7	1 265,3	561,8	603,9	611,1	654,2
Bruttoinlandsprodukt	2 724,7	2 774,8	2 833,6	1 367,4	1 407,4	1 401,7	1 431,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	2,2	2,0	2,3	2,1	2,2	1,8
Private Haushalte ²	1,1	2,3	2,2	2,3	2,3	2,5	1,9
Staat	1,2	1,8	1,4	2,1	1,5	1,4	1,4
Anlageinvestitionen	3,3	2,8	5,1	0,7	4,7	5,5	4,8
Ausrüstungen	4,3	4,2	8,8	1,6	6,5	8,9	8,7
Bauten	3,4	2,2	3,6	-0,2	4,4	4,4	2,9
Sonstige Anlageinvestitionen	1,2	1,9	3,1	1,4	2,3	2,9	3,2
Inländische Verwendung	1,3	1,9	2,6	1,3	2,4	2,7	2,4
Exporte	3,8	5,9	6,7	4,9	6,9	7,5	6,0
Importe	3,5	6,7	8,5	5,5	7,8	8,8	8,3
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	2,1	1,3	2,3	2,5	1,7

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,9	0,7	1,5	0,5	0,8	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,7	2,3	2,6	1,9	2,7	2,7	2,6
Anlageinvestitionen	1,2	1,4	2,0	1,4	1,5	1,8	2,1
Ausrüstungen	0,0	0,2	0,7	0,1	0,2	0,7	0,8
Bauten	1,8	2,0	2,7	1,9	2,1	2,5	3,0
Exporte	- 0,3	1,3	1,3	1,0	1,6	1,4	1,1
Importe	- 1,5	- 0,1	1,3	- 1,0	0,8	1,9	0,7
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	1,5	2,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 065,8	2 137,1	2 204,7	1 045,3	1 091,9	1 081,2	1 123,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	271,2	280,1	287,3	135,4	144,7	139,0	148,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 210,8	1 261,1	1 302,9	598,8	662,3	622,0	680,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,8	596,0	614,5	311,1	284,8	320,1	294,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	403,1	427,5	462,8	199,4	228,1	214,3	248,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 468,9	2 564,6	2 667,5	1 244,7	1 320,0	1 295,5	1 372,1
Abschreibungen	513,0	526,6	544,0	261,7	264,8	270,2	273,8
Bruttonationaleinkommen	2 981,8	3 091,2	3 211,5	1 506,4	1 584,8	1 565,7	1 645,8
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 181,4	2 270,3	2 363,5	1 098,8	1 171,4	1 144,6	1 218,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	699,5	729,1	773,3	364,7	364,4	383,6	389,7
Arbeitnehmerentgelt	1 482,0	1 541,2	1 590,2	734,1	807,1	761,1	829,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,7	3,5	3,2	3,1	3,8	3,4	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	3,3	2,6	3,1	3,5	2,7	2,5
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	4,2	3,3	3,7	4,6	3,9	2,8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	3,3	2,4	2,8	3,7	3,1	1,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,1	2,1	3,1	1,8	2,4	2,9	3,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,5	6,1	8,3	4,6	7,4	7,5	9,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,7	3,9	4,0	3,3	4,4	4,1	3,9
Abschreibungen	2,2	2,6	3,3	2,5	2,8	3,2	3,4
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,7	3,9	3,2	4,2	3,9	3,9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,9	4,1	4,1	3,4	4,7	4,2	4,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,1	4,2	6,1	3,0	5,5	5,2	7,0
Arbeitnehmerentgelt	3,8	4,0	3,2	3,6	4,4	3,7	2,7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 213,5	1 261,7	1 303,2	605,8	655,8	627,6	675,6
Nettolöhne und -gehälter	805,3	838,9	865,5	393,6	445,3	409,4	456,1
Monetäre Sozialleistungen	503,9	520,7	537,8	260,9	259,8	267,9	269,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	95,7	97,9	100,1	48,7	49,3	49,6	50,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,8	596,0	614,5	311,1	284,8	320,1	294,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 75,1	- 77,2	- 80,2	- 37,7	- 39,5	- 39,1	- 41,1
Verfügbares Einkommen	1 722,2	1 780,5	1 837,5	879,3	901,2	908,7	928,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,3	49,2	50,2	24,3	24,9	24,8	25,4
Konsumausgaben	1 604,3	1 652,3	1 713,3	804,8	847,5	836,0	877,3
Sparen	166,2	177,4	174,4	98,8	78,6	97,4	76,9
Sparquote (%) ⁶	9,4	9,7	9,2	10,9	8,5	10,4	8,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,2	4,0	3,3	3,7	4,2	3,6	3,0
Nettolöhne und -gehälter	3,6	4,2	3,2	3,5	4,8	4,0	2,4
Monetäre Sozialleistungen	2,4	3,3	3,3	3,9	2,8	2,7	3,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,2	2,3	2,2	2,9	1,7	2,0	2,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,1	2,1	3,1	1,8	2,4	2,9	3,4
Verfügbares Einkommen	2,4	3,4	3,2	3,1	3,7	3,3	3,1
Konsumausgaben	2,1	3,0	3,7	2,8	3,2	3,9	3,5
Sparen	5,9	6,7	- 1,7	4,7	9,4	- 1,4	- 2,1

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) Mrd.EUR

Einnahmen							
Steuern	659,2	679,1	702,9	338,4	340,7	350,5	352,4
Sozialbeiträge	482,2	500,1	516,0	242,7	257,4	250,5	265,5
Vermögenseinkommen	23,5	18,9	16,1	11,0	7,9	9,6	6,5
Sonstige Transfers	18,8	18,1	18,1	8,6	9,5	8,6	9,5
Vermögenstransfers	11,5	12,0	11,8	5,4	6,6	5,3	6,5
Verkäufe	99,4	103,5	107,6	48,7	54,8	50,6	57,0
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 295,0	1 332,0	1 372,9	654,9	677,1	675,3	697,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	374,8	394,5	414,0	189,7	204,9	199,1	214,9
Arbeitnehmerentgelt	224,1	229,8	236,1	110,3	119,5	113,4	122,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	50,9	45,1	43,9	22,8	22,4	22,1	21,9
Subventionen	26,4	26,7	27,0	13,0	13,7	13,1	13,9
Monetäre Sozialleistungen	451,4	467,0	482,9	234,0	233,0	240,4	242,4
Sonstige laufende Transfers	63,4	65,5	66,8	37,2	28,3	37,9	28,9
Vermögenstransfers	24,6	24,4	24,7	10,0	14,5	10,0	14,7
Bruttoinvestitionen	62,2	64,3	67,6	27,9	36,4	29,3	38,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 4,0	- 1,5	- 0,8	- 3,3	- 0,8	- 0,8
Insgesamt	1 276,4	1 313,2	1 361,4	643,9	669,3	664,5	696,9
Finanzierungssaldo	18,6	18,7	11,5	11,0	7,8	10,8	0,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,3	3,0	3,5	3,2	2,8	3,6	3,4
Sozialbeiträge	3,6	3,7	3,2	3,8	3,6	3,2	3,1
Vermögenseinkommen	10,6	- 19,7	- 14,8	- 26,1	- 8,7	- 12,9	- 17,4
Sonstige Transfers	2,1	- 3,7	0,0	- 3,1	- 4,2	0,0	0,0
Vermögenstransfers	10,4	4,3	- 1,0	5,9	3,1	- 1,3	- 0,8
Verkäufe	3,8	4,1	4,0	4,2	3,9	4,0	4,0
Sonstige Subventionen	- 12,7	- 3,9	0,0	- 8,8	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,6	2,9	3,1	2,7	3,0	3,1	3,0
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,6	5,3	4,9	5,2	5,3	4,9	4,9
Arbeitnehmerentgelt	3,0	2,5	2,7	2,3	2,7	2,8	2,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 9,6	- 11,4	- 2,7	- 13,2	- 9,4	- 3,1	- 2,2
Subventionen	6,8	1,0	1,5	0,5	1,5	1,5	1,5
Monetäre Sozialleistungen	2,6	3,4	3,4	4,1	2,8	2,8	4,1
Sonstige laufende Transfers	2,2	3,3	2,0	3,2	3,5	2,0	2,0
Vermögenstransfers	- 0,8	- 0,8	1,2	7,8	- 5,9	0,5	1,8
Bruttoinvestitionen	- 0,9	3,3	5,2	1,0	5,2	5,1	5,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,1	188,7	- 61,9	22,6	324,3	0,0	- 76,4
Insgesamt	2,5	2,9	3,7	3,2	2,6	3,2	4,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18*; eigene Berechnungen. Prognose des IfW.

Literatur

- Armlinger, M., R. Bispinck und T. Schulten (2014). Niedriglohnsektor: Jeder Dritte ohne Mindestlohn? WSI Report 12. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Bellmann, L., M. Bossler, H.-D. Gerner und O. Hübler (2015). Reichweite des Mindestlohns in deutschen Betrieben. IAB-Kurzbericht 6/2015. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths und J. Scheide (2014). Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Herbst 2014. Kieler Diskussionsbeiträge 545/546. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths und M. Plödt (2015). Mittelfristprojektion für Deutschland. Kieler Konjunkturberichte Nr. 6 (2015|Q1). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (16. Juni 2015) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/konjunkturprognosen/konjunkt/2015/konjunkturprognosen_deutschland_fruhjahr-2015.pdf>.
- Brenke, K. (2014). Mindestlohn: Zahl der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer wird weit unter fünf Millionen liegen. DIW Wochenbericht 5.2014. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Deutsche Bundesbank (2015). Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2015 und 2016 mit einem Ausblick auf das Jahr 2017. *Monatsbericht*. Juni. Frankfurt am Main.
- Falck, O., A. Knabe, A. Mazat und S. Wiederhold (2013). Mindestlohn in Deutschland: Wie viele sind betroffen? ifo Schnelldienst 24/2013. ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München.
- Fiedler, S., K.-J. Gern, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Reitz, T. Schwarzmüller und M. Wolters (2015). Erholung der Weltkonjunktur vorübergehend gebremst. Kieler Konjunkturberichte Nr. 7 (2015|Q2). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (16. Juni 2015) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/konjunkturprognosen/konjunkt/2015/konjunkturprognosen_welt-7_sommer-2015.pdf>.
- Groll, D. (2015). Mindestlohn: erste Anzeichen für Jobverluste. *Wirtschaftsdienst* 95 (6): 439–440.
- Knabe, A., R. Schöb und M. Thum (2014). Der flächendeckende Mindestlohn. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15 (2): 133–157.
- Kooths, S. (2014). Nahe am Eichstrich: Kein Bedarf für Konjunkturprogramme, Wachstum braucht ordnungspolitische Reformen. *Wirtschaftsdienst* 94 (12): 847–850.